

Kleine Anfrage

**der Abg. Thomas Blenke CDU und
Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP**

und

Antwort

des Innenministeriums

**Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsauf-
trägen durch die Polizei**

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Polizeidirektionen konnten ab 2011 Ermittlungsaufträge der Staatsanwaltschaft an die Polizei aus Kostengründen nicht ausgeführt werden?
2. Wie oft und in welcher Art war dies der Fall (Auflistung nach Polizeidirektionen)?
3. Trifft es zu, dass insbesondere im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim eine Häufung solcher Fälle festzustellen war?
4. Wenn ja, was waren die Gründe?
5. Trifft es zu, dass insbesondere Ermittlungsaufträge zur Telekommunikationsüberwachung betroffen waren?
6. Wenn ja, was waren die Gründe?

17.07.2012

Blenke CDU
Dr. Rülke FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 7. August 2012 Nr. 3-1268/130/1 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Justizministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. In welchen Polizeidirektionen konnten ab 2011 Ermittlungsaufträge der Staatsanwaltschaft an die Polizei aus Kostengründen nicht ausgeführt werden?*
- 2. Wie oft und in welcher Art war dies der Fall (Auflistung nach Polizeidirektionen)?*
- 3. Trifft es zu, dass insbesondere im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim eine Häufung solcher Fälle festzustellen war?*
- 4. Wenn ja, was waren die Gründe?*
- 5. Trifft es zu, dass insbesondere Ermittlungsaufträge zur Telekommunikationsüberwachung betroffen waren?*
- 6. Wenn ja, was waren die Gründe?*

Zu 1. bis 6.:

Es sind keine Fälle bekannt geworden, in denen die Polizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens staatsanwaltschaftliche Ermittlungsaufträge aus Kostengründen nicht ausgeführt hat.

Generell ist zu bemerken, dass Ermittlungsaufträge der Staatsanwaltschaften aus Kostengründen nicht abgelehnt werden können. Sie werden unter Sachleitung der Staatsanwaltschaft durchgeführt (vgl. §§ 152, 161, 163 der Strafprozessordnung). Bereits aus den tatbestandlichen Voraussetzungen der jeweiligen strafprozessualen Eingriffsnormen ergibt sich, dass Ermittlungshandlungen – wie etwa Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung – in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der zugrunde liegenden Straftat stehen müssen. Auch im Sinne der Verfahrensökonomie führen die Polizeidienststellen deshalb bereits im Vorfeld der Einleitung umfangreicher Ermittlungsverfahren enge Abstimmungen mit der Justiz zum konkreten Umfang der erforderlichen Ermittlungshandlungen herbei, die regelmäßig in Ermittlungskonzeptionen festgehalten werden.

Gall

Innenminister